



Conseil d'Etat
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

ANTWORT AUF DAS POSTULAT

Urheber PLR/FDP, durch Martine Tristan
Gegenstand Mehr Kinderkrippenplätze für das Pflegepersonal
Datum 16.11.2021
Nummer 2021.11.441 *(in Zusammenarbeit mit dem DVB)*

Mit dieser Motion, die in der Entwicklung in ein Postulat umgewandelt wurde, wird verlangt, dass im Gesundheitsgesetz und im Gesetz über die Langzeitpflege ein Artikel eingefügt wird, um Gesundheitseinrichtungen, die öffentliche Gelder erhalten, dazu zu verpflichten, ihren Angestellten Kinderkrippen mit erweiterten Öffnungszeiten anzubieten. Sie können dies unabhängig oder in Zusammenarbeit mit den anderen Gesundheitseinrichtungen ihrer Region tun.

Bei der Entwicklung wurde verlangt, dass die Fragen der Kompetenzverteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden, der Bedürfnisse des Pflegepersonals, der Möglichkeiten zur Ausweitung der Öffnungszeiten bestehender Kinderkrippen, der finanziellen Tragfähigkeit dieser Erweiterung, der Zusammenarbeit zwischen Gesundheitseinrichtungen, insbesondere für kleine Einrichtungen, der Qualität der Leistungen und der architektonischen Anforderungen analysiert werden.

Der Staatsrat ist auch der Meinung, dass der Zugang zu Kinderkrippen für das Pflegepersonal angesichts der berufsbedingten Arbeitszeiten und Wochenendarbeit verbessert werden muss. Er ist zudem der Ansicht, dass die oben aufgeworfenen Fragen geklärt werden müssen, bevor konkrete Massnahmen umgesetzt werden können. Die entsprechenden Kosten sowie deren Finanzierung müssen ebenfalls analysiert werden.

Zudem unterstützte unser Kanton im Rahmen der Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über die Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung und der Kantone in ihrer Politik der frühen Förderung von Kindern den Vorschlag, der es dem Bund in Zukunft ermöglichen soll, Finanzhilfen zu gewähren, insbesondere für Projekte, die auf eine bessere Abstimmung der familienergänzenden Betreuungsangebote auf die Bedürfnisse der Eltern, insbesondere hinsichtlich der Erweiterung und Flexibilisierung der Betreuungszeiten, abzielen.

Diese Fragen können im Rahmen der Arbeiten zur Umsetzung der Pflegeinitiative in Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Departementen, d. h. dem Departement für Gesundheit, Soziales und Kultur (DGSK) und dem Departement für Volkswirtschaft und Bildung (DVB), behandelt werden.

Das Postulat wird zur Annahme empfohlen.

Auswirkungen Administration: Arbeitsgruppe ist zu schaffen

Auswirkungen Finanzen: zu überprüfen

Auswirkungen Personal (VZE): zu überprüfen

Auswirkungen NFA: zu überprüfen

Ort, Datum

Sitten, 20. September 2022